

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES STADTRATES AM 04.07.2013

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 04.07.2013
Beginn: 18:10 Uhr
Ende: 20:46 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Stadtrat Peter Lorenz

Stadtrat Manfred Marstaller

Stadtrat Manuel Müller

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

Stadtrat Hartmut Stiller

Stadträtin Hiltrud Stocker

Stadtrat Hugo Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Astrid Glos

Stadtrat Klaus Heisel

Stadträtin Elvira Kahnt

Stadträtin Nicole Mahlmeister

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Freitag

Stadtrat Friedrich Haag

Stadträtin Barbara Wachter

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

Stadtrat Wolfgang Popp

ödp-Stadtratsgruppe

Stadtrat Jens Pauluhn

Stadträtin Andrea Schmidt

bis 20.38 Uhr, Ziffer 5

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm
Stadtrat Hans Schardt

fraktionslos

2. Bürgermeister Werner May

Ortssprecher

Ortssprecherin Anna Schlötter

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann
Oberrechtsrätin Susanne Schmöger
Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Rolf Ferenczy
Stadträtin Rosmarie Richter

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Rank

KIK-Stadtratsfraktion

Stadtrat Thomas Steinruck

Ortssprecher

Ortssprecher Dieter Pfreuzinger

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist Oberbürgermeister Müller auf den Dringlichkeitsantrag der FW-FBW-Stadtratsfraktion zur Behandlung der Budgets.

Stadträtin Wallrapp geht im Folgenden ausführlich auf ihren Antrag ein und stellt dar, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen festgelegt wurde, dass sämtliche Budgets kritisch überprüft werden sollten.

Dabei sollte nicht nur ein bloßes Fortschreiben der Ansätze erfolgen, sondern eine auf die Aufgaben bezogene sinnvolle Festlegung mit mittel- bzw. langfristiger Zielsetzung. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband habe darüber hinaus festgestellt, dass die freiwilligen Leistungen bei der Stadt Kitzingen sehr hoch seien, was auch im Zusammenhang mit den Budgets gesehen werden müsste.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass das Gros der zu übertragenden Budgets innerhalb der Budgetierungsrichtlinien seien und lediglich bei drei Budgets ein Beschluss gefasst werden müsse, was aus seiner Sicht in der heutigen Sitzung erfolgen könne. Es gibt insoweit Recht, dass über das Grundsätzliche hinsichtlich der Budgets nach der Sommerpause beraten werden müsse, auch hinsichtlich der Sinnhaftigkeit einzelner Budgets.

Stadträtin Wallrapp gibt zu bedenken, dass eine Vielzahl der erhöhten Budgetüberträge aus nicht verbrauchten Mitteln beispielsweise aus den Energiekosten resultierte, da diese stetig fortgeschrieben werden.

Oberbürgermeister Müller bittet um Abstimmung des Antrages von Stadträtin Wallrapp.

beschlossen **dafür 16** **dagegen 11**

Mit dem Antrag von Stadträtin Wallrapp auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 4 „Budgetüberträge“ besteht Einverständnis.

Bürgermeister Christof möchte wissen, welche Konsequenzen nun aus der Absetzung gezogen werden und ob für die nächste Beratung die geforderten Unterlagen vorlegen werden. Es sei nicht gut, wenn die Budgetverantwortlichen mit teils überhöhten Ansätzen jonglieren könnten. Seiner Auffassung nach braucht es für die Budgetverantwortlichen Zielvorgaben und Abweichungen sind entsprechend zu begründen. Darüber hinaus sei eine Überwachung der zuständigen Amtsleiter bzw. zentral durch das Amt 2 wünschenswert.
Stadtkämmerer Weber erklärt, dass die Zahlen der Überträge von 2012 auf 2013 feststehen und insofern keine Änderungen mehr vorgenommen werden können. Seiner Auffassung nach sollte man der Sommerpause sämtliche Budgets auf dem Prüfstand nehmen und in diesem Zusammenhang die Richtlinien anpassen.

Stadtrat Pauluhn stellt fest, dass die Budgetverantwortlichen der kulturellen Einrichtungen eine Übersicht der Budgetentwicklung seit 2007 vorgelegt haben. Er stellt den Antrag, dass eine solche Übersicht von sämtlichen Budgetverantwortlichen zu liefern ist.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Stadtrates vom 13.06.13

Oberbürgermeister Müller erkundigt sich nach Anmerkungen zur Niederschrift.
Stadträtin Dr. Endres-Paul erklärt, dass zum Punkt „Jahresrechnung“ Aussagen, die sie getätigt hat, fehlen. Sie habe angemerkt, dass das Ergebnis nur deshalb derart positiv sei, weil viele Projekte nicht umgesetzt wurden und die Personalkosten geringer waren. Darüber hinaus habe sie angemerkt, ob das möglicherweise fehlende Personal für die nicht umgesetzten Projekte ursächlich sein könnte und bis wann das Organisationsgutachten fertiggestellt sein soll.
Protokollführer Müller erklärt, falls die Äußerungen so getätigt wurden, könne eine Änderung erfolgen.

Stadträtin Wallrapp verweist auf die Ziffer 3.1. der zu genehmigten Niederschrift „Nordtangente BA I Planungsleistungen Ingenieurgesellschaft Maier; Auftragserweiterung“ und erklärt, dass hinsichtlich der Prüfung durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband ein Termin genannt werden sollte, bis wann die Prüfung abgeschlossen sei.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass bereits zum Sitzungszeitpunkt der BKPV mit der Prüfung begonnen habe, er gegenwärtig jedoch keinen Zeitpunkt der Fertigstellung nennen könne.

beschlossen **dafür 27** **dagegen 0**

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 13.06.2013 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

**2. Ehrenamtskarte;
hier: Akzeptanzstellen der Stadt Kitzingen**

Stadtrat Heisel als Antragssteller freut sich, dass die Stadt Kitzingen nun den entsprechenden Beschluss zur Ehrenamtskarte fassen wird, nachdem der Landkreis zum 01.01.2013 die Ehrenamtskarten eingeführt hat. Er verweist auf eine falsche Formulierung zur Ermäßigung von Behinderten im Sachvortrag. Diese bittet er zu berichtigen.

Stadträtin Wallrapp bittet etwaige Änderungen beim Angebot der Stadt Kitzingen an den Stadtrat weiterzugeben.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Mit den städtischen Akzeptanzstellen Archiv, Museum, JungStil, Stadtbücherei, Volkshochschule, Tourist-Info und Hauptverwaltung besteht Einverständnis.
3. Die städtischen Akzeptanzstellen entscheiden eigenverantwortlich über die Vergünstigungen für Ehrenamtskarteninhaber.
4. Die Akzeptanzstellen erhalten einen Ausgleich für die gewährten Vergünstigungen aus den im Haushalt für 2013 bereitgestellten Haushaltsmitteln i. H. v. 5.000 € für die Einführung der Ehrenamtskarte (Haushaltsstelle: 0.4999.7887)

3. Anträge von Fraktionen und Gruppen

3.1. Antrag der SPD-Fraktion vom 19.04.2013; hier: Terminfestlegung für das entschiedene Ratsbegehren/Bürgerbegehren

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass das Ratsbegehren im Rahmen der Bundestagswahl stattfinden kann.

Bürgermeister Christof stellt fest, dass noch keinerlei Kommunikation aufgebaut wurde und auch mit der BIMA noch keine Gespräche geführt wurden, wie die weiteren Planungen aussehen. Er möchte wissen, ob sich die Fragestellung dann erübrigt hätte.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass sich die BIMA im Rahmen des Erstzugriffsrechts geäußert habe, dass ein Teilerwerb möglich sei, wenn die übrige Fläche noch wirtschaftlich vermarktet werden könne. Weitere Gespräche mit der BIMA stehen jedoch noch aus.

beschlossen dafür 23 dagegen 4

Es besteht Einverständnis, dass die Kitzinger Bürgerinnen und Bürger bei einem der im September 2013 stattfindenden Wahlen (Bundestagswahl oder Landtagswahl) gleichzeitig auch die Frage aus dem Ratsbegehren beantworten können.

3.2. **Antrag der KIK-Fraktion vom 10.05.2013; Erstellung einer Leitlinie zur Ansiedlungspolitik der Stadt Kitzingen**

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der KIK-Fraktion auf Erstellung einer Leitlinie zur Ansiedlungspolitik und erklärt, dass der im Antrag gesetzte Termin (vor der Sommerpause) nicht gehalten werden könne.

Bürgermeister Christof geht auf den Antrag ein und erklärt, dass bereits im Jahr 2012 die Leitlinie vom Gremium gefordert wurde. Er bedauert es, dass in diesem Zeitraum kein Vorschlag gemacht wurde, obwohl auch Bauamtsleiter Graumann dieses Instrument begrüßte. Er ärgert sich, dass das Bauamt mit entsprechendem Personal ausgestattet wurde, jedoch eine Umsetzung nicht erfolgte. Seiner Auffassung nach seien die Leitlinien dringend notwendig und erklärt, dass eine Bodenpolitik auch den Boden schützen sollte.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass die Verwaltung im Vorfeld bereits für sämtliche Gewerbeflächen eine Bestandsaufnahme erstellt habe, mit Aussagen zu noch freien Gewerbeflächen und zur Klassifizierung auf den einzelnen Flurnummern. Auch diese Arbeit soll die Grundlage für die weitere Aufarbeitung bzw. die Erstellung der Leitlinie darstellen.

Oberbürgermeister Müller verdeutlicht, dass unter anderem die nicht erfolgte Nachbesetzung der Stabstelle dazu geführt habe, dass sich die Verwaltung nicht in der gewünschten Form um die Ansiedlungsleitlinie kümmern konnte. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass es jede Anfrage eines Unternehmens verdient habe, geprüft und betrachtet zu werden. Es sei letztlich die Entscheidung des Stadtrates, ob man einer Ansiedlung näher trete.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über den Antrag, den die Mehrheit begrüßt. Jedoch wird auch festgestellt, dass eine Umsetzung bis zur Sommerpause nicht mehr möglich sei. Mit Blick auf das gegenwärtige Ansiedlungsgebaren seien entsprechende Leitlinien dringend notwendig. Hierbei wird auch angemerkt, dass die Ansiedlungspolitik nicht nur für die bestehenden Gewerbegebiete Gültigkeit haben, sondern auch grundsätzliche Ansiedlungskriterien (Arbeitsplätze, Gewerbesteuer u.a.) treffen sollte. Es wird aber auch zu bedenken gegeben, dass selbst bei Vorhandensein einer Leitlinie der Stadtrat bei einer größeren Anfrage eine Einzelfallentscheidung, die der Leitlinie entgegensteht, treffen könnte.

Stadtrat Pauluhn ist mit Blick auf die Darstellung von Bauamtsleiter Graumann der Auffassung, dass sich die Stadt Kitzingen überlegen sollte, wo neue Gewerbeflächen geschaffen werden könnten, da laut der Pläne die zur Verfügung stehenden Flächen überschaubar seien.

Stadtrat Moser kritisiert die Ansiedlungspolitik und verweist insbesondere auf die Ansiedlungen im Gewerbegebiet Großlangheimer Straße (z. B. Spielcasino), wodurch sich qualitatives Gewerbe abschrecken lasse. Unabhängig davon hätte er sich eine Vorberatung im Stadtentwicklungsbeirat gewünscht, nachdem hierin sämtliche Fraktionen und Gruppen vertreten seien.

Bauamtsleiter Graumann verweist auf die personelle Situation seines Amtes und auf die Problematik, mit Blick auf die vielen wichtigen Maßnahmen eine entsprechende Priorisierung festzulegen, die die Erstellung der Leitlinie bislang noch nicht einnehmen konnte. Er stimmt zu, dass nicht nur die bestehenden Flächen betrachtet werden müssen, sondern die Stadt sich auch bei Anfragen größerer Unternehmen entsprechend Positionieren müsse, was eine Leitlinie erleichtern

würde. In diese Leitlinie müssen auch bestehende Konzepte, wie beispielsweise das Einzelhandelskonzept, der Verkehrsentwicklungsplan oder das Wohnraumkonzept einfließen.

Bürgermeister Christof bittet zum Abschluss der Beratung seinen Antrag auf „bis September 2013“ abzuändern.

beschlossen **dafür 22** **dagegen 5**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Leitlinie zur Ansiedlungspolitik der Stadt Kitzingen zu erstellen und diese bis September 2013 dem Stadtrat vorzulegen.

Stadtrat Moser gibt zu Protokoll, dass er nur aufgrund der fehlenden Beratung im Stadtentwicklungsbeirat dagegen gestimmt habe, er jedoch im Grund für die Erstellung einer Leitlinie sei.

Stadträtin Glos schließt sich der Protokollerklärung von Stadtrat Moser an.

3.3. Antrag der KIK-Fraktion; Zukünftiger Umgang mit der Erstellung der Haushaltspläne

Bürgermeister Christof stellt fest, dass die Haushaltsberatungen in den letzten drei Jahren nicht optimal abgelaufen seien und verweist die Handlungsunfähigkeit der Verwaltung aufgrund der späten Genehmigung des Haushaltes im Juli. Seiner Auffassung nach könne mit der Kosten/Leistungsrechnung als erweiterte Kameralistik der Haushalt transparenter dargestellt werden. Mit der entsprechenden Software, die ca. 20.000,00 € kosten würde, könnte dies kurzfristig umgesetzt werden und diene als erster Baustein der Doppik, die seiner Auffassung nach ohnehin in der Zukunft eingeführt werde.

Hinsichtlich des Haushaltes für 2014 ist er der Auffassung, dass die Beratung mit Blick auf den Wahlkampf im Dezember 2013 abgeschlossen sein sollte. Für die weiteren Jahre müsse dann ein entsprechendes System gefunden werden.

Stadtkämmerer Weber verweist neben der Kosten/Leistungsrechnung auf noch weitere Bausteine (z. B. das Berichtswesen), die zum neuen Steuerungsmodell gehören. Das ausschließliche Umsetzen eines Bausteines sei nicht sinnvoll und verweist auf die bereits durchgeführte Kosten/Leistungsrechnung bei der Stadt Kitzingen, die wieder eingestellt wurde. Ausschließlich der Erwerb der Software habe keinen Nutzen, wenn die Mitarbeiter nicht entsprechend geschult werden. Darüber hinaus sei die Vermögensbewertung noch nicht abgeschlossen, die gegenwärtig von einer halben Kraft lediglich fortgeschrieben werde. Die erweiterte Kameralistik sei für ihn lediglich ein teurer Umweg zur Doppik.

Stadträtin Kahnt möchte wissen, bis zu welchem Zeitpunkt die Vermögenserfassung abgeschlossen sein könnte.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass sogar bei einer Vergabe nach Außen mit zwei Jahren zu rechnen sei. Mit der bestehenden Halbtagsstelle wird eine vollständige Vermögensbewertung nicht zu bewerkstelligen sein.

Stadträtin Glos ist der Auffassung, dass aussagekräftige Daten nur über die Doppik zu bekommen sind. Wenn man das Ziel, die Doppik einzuführen, erreichen will, müsse man die entsprechenden Voraussetzungen schaffen und beispielsweise das für die Vermögenserfassung notwendige Personal bereitstellen.

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass für die Vermögenserfassung sämtliche Daten vorhanden seien und insofern die Stadt handeln könne. Der Stadtrat müsse hierzu lediglich einen entsprechend Beschluss fassen. Er ändert seinen Antrag auf "2014" ab.

abgelehnt **dafür 11** **dagegen 16**

Beschlussvorschlag der KIK-Fraktion:

Seitens der gesamten Stadtverwaltung werden die Vorkehrungen getroffen, um den Haushalt 2014 und folgende jeweils im Dezember des Vorjahres beschließen zu können. Der Kämmerer wird beauftragt, die Systematik der "erweiterten Kame-ralistik" zu entwerfen und zusammen mit einer verbindlichen Zeitschiene dem Stadtrat bis 2014 vorzustellen.

Die Beschaffungskosten für die notwendige Software sind zu ermitteln.

Oberbürgermeister Müller stellt fest, dass der Antrag abgelehnt wurde.

**3.4. Antrag der CSU-Fraktion;
Bericht zur Umsetzung von beschlossenen Maßnahmen zur Stadtentwicklung, zur Einführung eines Projektplans sowie einer Kapazitätsplanung**

Stadtrat Moser geht im Folgenden ausführlich auf seinen Antrag ein und bemängelt, dass eine Vielzahl von Projekten beschlossen wurden, jedoch der Stadtrat keine Kenntnis in der Umsetzung bzw. dem Planungsstand habe. Er erwarte eine Aussage, welches Projekt zu welchem Zeitpunkt umgesetzt bzw. angegangen werden soll. Dabei geht er exemplarisch auf verschiedene Projekte ein. Hierbei gehe es ihm auch um die Leistungsfähigkeit des Bauamtes, da seiner Auffassung nach, priorisierte Projekte gegebenenfalls nach außen vergeben werden sollten.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass eine solche Zusammenfassung nicht bis zur Sommerpause zu leisten sei.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass bei sämtlichen Punkten ein Bearbeitungsstand vorhanden ist und manche Punkte noch vor der Sommerpause, andere nach der Sommerpause im Rat behandelt werden. Er kann dem Antrag folgen, weist aber darauf hin, dass dies nicht kurzfristig umzusetzen sei. Einer Umsetzung bis zum 4. Quartal könne er zusagen.

Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über den Antrag, wobei auch festgestellt wird, dass eine Umsetzung der im Antrag benannten Maßnahmen eng mit der Aufstellung des Haushalts zusammenhänge.

Stadtrat Moser ändert vor der Abstimmung den Antrag der CSU auf „im 4. Quartal“ ab, worüber Oberbürgermeister Müller bittet, abzustimmen.

beschlossen

dafür 20 dagegen 6

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Oberbürgermeister soll dem Stadtratsgremium im 4.Quartal 2013 aufzeigen, wann und wie die Stadtverwaltung die vom Stadtrat getroffenen Beschlüsse umsetzt. Zur besseren Kontrolle soll ein Projektplan erstellt werden, aus dem hervorgeht, wer wann welche Unterlagen zu den nachstehenden, mehrheitlich getroffenen Beschlüssen als Sitzungsvorlage aufbereitet, um die vom Stadtrat längst beschlossene Umsetzung herbeizuführen.
3. Das Nutzungskonzept für die Marshall Heights, die baurechtliche Begleitung des Gewerbe- und Industriegebietes ConneKT/Harvey, die Realisierung des mehrheitlich beschlossenen Stadtteilzentrums sowie die Sanierung des erworbenen Objektes Kaiserstraße 17 sollen in den Projektplan mit aufgenommen werden.
4. Es soll eine Kapazitätsplanung eingeführt werden. Zusammen mit dem Stadtrat soll auf Basis der geltenden Förderrichtlinien nach Stadtumbau West entschieden werden, welche Projekte nach außen vergeben oder durch städtebauliche Wettbewerbe vorangebracht werden sollen.
5. Alle getroffenen Maßnahmenbeschlüsse sollen in einer Tabelle, geordnet nach Sachgebiet mit Beschlusstext und Abstimmungsergebnis festgehalten werden. Die Spalten „Kostenschätzung und aktuelle Kostenberechnung“ sollen aus dem Maßnahmenbericht des Bauamtes integriert werden und den Stadträten zur Verfügung gestellt werden.

3.5. Antrag der KIK-Fraktion Nr. 136-05-2013 vom 26.05.2013 bzgl. Eisgrube; weiteres Vorgehen

Bürgermeister Christof geht kurz auf seinen Antrag ein, wonach Maßnahmen getroffen werden sollten, um die Situation in der Eisgrube nach der Sandeinschwemmung aufgrund des Hochwassers wieder zu verbessern. Er bittet, dass die Prüfung bis Ende September abgeschlossen sei, um entsprechende Mittel in den Haushalt einstellen zu können. Eine alternative Lösung mit einer neuen Grube finde er mit Blick auf das Genehmigungsverfahren bzw. das fehlende Grundstück nicht sinnvoll.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass durch eine neue Grube zusätzlicher Retentionsraum geschaffen werden könnte.

Stadtrat Pauluhn möchte wissen, ob das Bauamt personell wie fachlich in der Lage sei, die Planung bzw. Umsetzung durchzuführen.

Bauamtsleiter Graumann weist darauf hin, dass die Verwaltung sicherlich Fachleute für die Planung hinzuziehen werde.

Auf die Frage, nach der zeitlichen Umsetzung macht Bauamtsleiter Graumann deutlich, dass zunächst die Aufgabenstellung klar sein müsste, bevor er Termine nenne könne.

Stadtkämmerer Weber ergänzt, dass eine Umsetzung auch vom Haushalt abhängig sei. Seiner Auffassung nach könnten Mittel für die Planung bzw. Vergabe in 2014 eingestellt werden, so dass in 2014/2015 eine Umsetzung der Maßnahme erfolgen könne.

beschlossen **dafür 27** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung soll die notwendigen Maßnahmen und Arbeiten zur Abhilfe feststellen, die notwendigen Behörden wie Wasserstraßenneubauamt, Fischereifachberatung des Bezirks von Unterfranken sowie die Fischerzunft Kitzingen kontaktieren und die Baumaßnahmen abstimmen.
3. Die Maßnahmenkosten (Ausbaggern Eisgrube und Errichtung eines Dammes) sind zu ermitteln und Fördermöglichkeiten zu eruieren. Sodann ist der Zeitpunkt der Umsetzung festzulegen.

Nach der Beschlussfassung erkundigt sich Stadtrat Heisel, ob die Verwaltung auch die alternative Lösung prüfen werde.

Oberbürgermeister Müller bejaht dies und verweist auf die Darstellung diesbezüglich im Sachvortrag.

4. Budgetübertrag

Sämtliche Budgetüberträge sind aufgrund der Beschlussfassung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgestellt.

5. Genehmigung des Haushaltsplanes 2013 - Änderung der Finanzplanung 2014

Oberbürgermeister Müller verweist eingangs auf den Eilantrag der SPD, der im Rahmen des Tagesordnungspunktes behandelt wurde.

Stadtkämmerer Weber geht ausführlich auf den Sachverhalt ein und erklärt, dass der Haushalt aufgrund der Kreditaufnahmen im Finanzplanungszeitraum 2014 versagt wurde. Versagungsgründe gegen den Haushalt 2013 sah das Landratsamt hingegen nicht. Das Landratsamt habe geraten, die Kreditaufnahmen in 2014 auf null zu setzen und diese Mittel aus der allgemeinen Rücklage zu entnehmen, was auch der Reihenfolge der Einnahmenbeschaffung entspreche.

Er verweist in der Folge auf eine Grafik, in der die Entwicklung zwischen Ausgaben und Stand der Rücklagen dargestellt ist und erklärt, dass aufgrund der Beschlusslage und der Einstellung im Finanzplan die Schere im Jahr 2014 zu groß sei. Dies müsse bei den Haushaltsberatungen beachtet werden. Sein Ziel sei es, in fünf Jahren einen höheren Rücklagenstand als Investitionsausgaben zu haben. Nach der Beschlussfassung werde man dem Landratsamt die geänderten Zahlen mitteilen, so dass bereits am Montag, 8. Juli die Genehmigung für den Haushalt vorliegen könnte.

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf das Schreiben des Landratsamtes, wonach die finanzielle Lage der Stadt offenbar sehr kritisch sei. Sie habe nach dem Schreiben erwartet, dass die Verwaltung aufzeigt, welche Maßnahmen könnten

unter diesen Umständen im Jahr 2014 finanziert werden bzw. welche alternativen Finanzierungsmöglichkeiten könnten bestehen.

Stadtkämmerer Weber erklärt, dass sich die Änderung nur auf den Finanzplan 2014 bezieht und die gewünschte Diskussion im Herbst bei den Haushaltsberatungen für 2014 geführt werden müsse.

Bürgermeister Christof kann dem Beschluss zur minimalen Anpassung der Ansätze im Jahr 2014 nicht zustimmen, da seiner Auffassung nach das Schreiben des Landratsamts Anlass genug sei, um eine umfassende Anpassung vorzunehmen. Der Haushalt dürfe nicht nur unter rechnerischen Gesichtspunkten aufgestellt werden, sondern müsse auch berücksichtigen, welche Maßnahmen das Bauamt umsetzen könne.

Oberbürgermeister Müller geht im Folgenden auf sämtliche Maßnahmen ein, die der Stadtrat beschlossen habe und einen Investitionsbedarf in Höhe von 13,0 Mio. € ausmache.

Bürgermeister Christof bemängelt daraufhin, dass die Beschlüsse stets isoliert gefasst und nicht im Kontext gesehen werden.

Stadtrat Stiller ist der Auffassung, dass für die Haushaltsberatungen nur noch Anträge mit entsprechenden Finanzierungs- bzw. Änderungsvorschlägen eingereicht werden sollten.

Stadtrat Moser gibt zu bedenken, dass bei vielen priorisierten Projekten (z. B. Veranstaltungshalle auf dem Deustergelände) noch eine Kostenberechnung ausstehe, damit eine Einstellung entsprechend in den Haushalt erfolgen könne.

Stadträtin Wallrapp ist der Auffassung, dass der Finanzplan Bestandteil des Haushaltes sei. Sei erklärt, dass bei sämtlichen Maßnahmen alle Folgekosten vorher berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus stellt sei dar, dass bereits im Jahr 2012 das Landratsamt auf die vorrangige Rücklagenentnahme hingewiesen habe.

Stadtrat Schmidt möchte wissen, ob diese Änderung Auswirkungen auf das Projekt „Soziale Stadt“ habe, nachdem das Stadtteilzentrum u. a. aus Krediten finanziert werden sollte.

Stadtkämmerer Weber verneint dies, nachdem die Finanzierung einer Einzelmaßnahme im Haushalt nicht dargestellt sei.

beschlossen dafür 19 dagegen 8

Dem Vorschlag der Rechtsaufsichtsbehörde wird zugestimmt.

1. Die Kreditaufnahme im Finanzplanungsjahr 2014 wird auf 0 € festgesetzt.
2. Die Entnahme aus der Allg. Rücklage im Finanzplanungsjahr 2014 wird auf 314.200 € festgesetzt.
3. Die Zuführung an die Allg. Rücklage im Finanzplanungsjahr 2014 wird auf 0 € festgesetzt.

6. Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile; Nachkalkulation 2012 und Vorkalkulation 2013 - 2016

beschlossen dafür 27 dagegen 0

1. Nachkalkulation 2012

Der bei der Nachkalkulation auf Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse 2012 errechnete Überschuss in Höhe von 31.327,74 € wird gem. § 20 Abs. 4 Satz 2 KommHV einer Sonderrücklage zugeführt und zur Deckung von Fehlbeträgen aus Gebührenminder-einnahmen kommender Jahre verwendet.

2. Vorkalkulation 2013 - 2016

Aufgrund des in der Vorkalkulation auf Basis der durchschnittlichen Haushaltsansätze 2013 - 2016 errechneten Überschusses von 12.594 €, ist eine Erhöhung der Friedhofsgebühren nicht erforderlich.

7. Bebauungsplan Nr. 66 "Schwarzacher Straße West", 4. Änderung; hier: Aufstellungsbeschluss und Billigung des Vorentwurfs

beschlossen dafür 25 dagegen 0

1. Der Bebauungsplan Nr. 66 „Schwarzacher Straße West“ wird nach § 2 Abs. 1 BauGB in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB zum 4. mal geändert. Maßgebend für die Änderung des Bebauungsplans ist der Vorentwurf in der Fassung vom 12.04.2013.
2. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden nach § 4 Abs. 1 BauGB frühzeitig unterrichtet.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird in Form einer 2-wöchigen Planaufgabe mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.

**8. Bund-Länder-Städtebauförderung - Stadtumbau West - Förderung von Privatmaßnahmen;
Sanierung Deutsches Fastnachtsmuseum Luitpoldstr. 4 und Rosenstr. 8/10 -
Änderung der Modernisierungsvereinbarung**

beschlossen dafür 17 dagegen 8

Der Änderung der Zahlungsweise § 6 Abs. 1. Nr. 1 der Modernisierungsvereinbarung zwischen der Stadt Kitzingen und der Stiftung Kulturzentrum Fasching-Fastnacht-Karneval Kitzingen wird wie folgt zugestimmt:

Auszahlung der 3. Rate zu 40 % und der 4. Rate zu 10 % (Schlussrate)

9. Sonstiges

**9.1. Information von Bauamtsleiter Graumann
Behandlung der Angelegenheit "Klärmschlamm Entsorgung" im Stadtrat**

Bauamtsleiter Graumann weist aufgrund der Diskussion zur zukünftigen Klär-
schlamm Entsorgung in der Finanzausschusssitzung am 27.06.2013 darauf hin,
dass nach der Sommerpause eine entsprechende Sitzungsvorlage an den Stadt-
rat ergehen werde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

**9.2. Anfrage von Stadträtin Glos
Ablauf Besichtigungstour "Entente Florale"**

Stadträtin Glos möchte wissen, ob es hinsichtlich der Besichtigungstour zu „En-
tente Florale“ einen Ablaufplan gebe.

Bauamtsleiter Graumann bejaht dies und sagt zu, diesen allen Teilnehmer zur
Verfügung zu stellen.

Stadtrat Heisel möchte wissen, ob bei der Tour auch die Bevölkerung einzube-
ziehen sei.

Oberbürgermeister Müller stellt dar, dass dies von der Jury nicht gewollt sei.

9.3. Anfrage von Stadtrat Popp Sachstand Bauangelegenheit Gollermühle

Stadtrat Popp erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich des Bauvorhabens
an der Gollermühle.

Bauamtsleiter Graumann stellt dar, dass sich die Verwaltung im Verfahren befin-
de und noch einige offenen Fragen geklärt werden müssen. Diesbezüglich werde
man nach der Sommerpause mit einer Beschlussvorlage in den Stadtrat gehen.

9.4. Anfrage von Stadträtin Wallrapp Sachstand Richthofen Circle sowie Goldener Löwe

Stadträtin Wallrapp erkundigt sich nach den Sachständen hinsichtlich “Richthofen Circle” sowie “Goldener Löwe”.

Bauamtsleiter Graumann erklärt hinsichtlich Goldener Löwe, dass nach der ersten Vorstellung im Gremium der Vorhabensträger das Anwesen weiterhin entwickeln möchte und nun einen Entwurfsplan im Bauamt eingereicht habe. Dieser werde zunächst verwaltungsintern und anschließend, nach der Sommerpause, im Rat besprochen werden.

Hinsichtlich Richthofen Circle stellt er dar, dass hier das Verfahren noch am Laufen sei und auch diesbezüglich noch einigen Fragen zu klären seien. Hier komme es zusätzlich darauf an, wie sich die Nachbarschaft verständigt.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 20:46 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt